

Grüne und Alternative  
in den Räten von Baden-Württemberg  
Forststr. 93  
70176 Stuttgart  
Tel. 0711 9935990, Fax 0711 9935999  
Mail: [gar@gar-bw.de](mailto:gar@gar-bw.de) [www.gar-bw.de](http://www.gar-bw.de)



## Juni-Rundbrief 2009

Liebe GAR-Mitglieder,  
in diesem Rundbrief findet Ihr aktuelle Informationen zu folgenden Themen:

1. Nachlese zur Kommunalwahlen 2009
2. GAR-Seminare für neu Gewählte – bitte weitergeben!
3. Aufruf zur Großdemo in Neckarwestheim am 4.7.2009; neue Energiezeitung erschienen
4. Grüne gegen Steuerpflicht für Mittagstisch
5. Nachholbedarf bei Energieausweisen
6. Wärmenutzung vorhandener Biogasanlagen
7. Stickoxidgrenzwerte ab 2010
8. Anhörung zu Kormoranen am 1.7. im Lantag

Mit herzlichen Grüßen  
Sabine Schlager

### 1. Landesweit große Erfolge bei den Kommunalwahlen 2009

Liebe GAR-Mitglieder,  
wir alle haben vor der Kommunalwahl viel dafür getan, dass wir ein gutes Stimmenergebnis und viele neue Sitze in den Gemeinderäten, Kreistagen und in der Regionalfraktion in der Region Stuttgart bekommen. Es hat sich gelohnt. Die Wählerinnen und Wähler haben uns mehr Stimmen gegeben als je zuvor bei einer Kommunalwahl im Land und mehr Sitze als wir je hatten: Wir haben insgesamt 179 Sitze dazu gewonnen: 148 in den Gemeinderäten, 28 in den Kreistagen und drei in der Regionalfraktion. Die Wahlergebnisse im Einzelnen stehen auf der GAR-Internetseite.

Einige Highlights seien hier besonders herausgehoben:

Wir stellen jeweils die stärkste Fraktion in: Ammerbuch, Asperg, Bad-Boll, Freiburg, Konstanz, Merzhausen, Stuttgart, Tübingen. In mehreren Orten sind wir die zweitstärkste Kraft vor der SPD. Das landesweit beste Ergebnis haben wir mit 34,1% in Merzhausen erzielt, gefolgt von Tübingen mit 32,9%. Das beste Kreistagswahlergebnis haben wir im Landkreis Tübingen mit 21,1 % der gewichteten Stimmen.

5 KandidatInnen wurden von den Wählerinnen und Wählern mit den meisten Stimmen in ihrer Gemeinde gewählt.

Allen 1422 gewählten Gemeinde-, Kreis- und Regionalrätinnen und allen in die Ortschaftsräte Gewählten gratuliert die GAR zu ihrem Mandat.

Voraussichtlich können wir bis in ein paar Wochen auch einigen grün-alternativen OrtsvorsteherInnen zur Wahl in ihr Amt gratulieren, denn auch bei den Ortschaftsratswahlen gibt es sehr gute Ergebnisse.

Zu den Wahlergebnisse der Grünen und Alternativen im Land: <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1365>

## **GAR-Vorstand zu den Kommunalwahlergebnissen, von Uli Sckerl**

### **Rekordergebnis mit 1.422 Mandaten für GRÜNE im Südwesten:**

Danke an Euch Alle für dieses einmalige Ergebnis!

### **Liebe Mitglieder, liebe „alte“ und „neue“ Kommunalis in Baden-Württemberg,**

im Namen des GAR-Vorstands mit Bettina Lisbach, Andreas Schwarz, Jürgen Hirning und meiner Wenigkeit gratuliere ich Euch zu diesem einmaligen Kommunalwahlergebnis in der grünen Geschichte in Baden-Württemberg.

Die Zahl ist sensationell: Wir haben mit unserer ganzen grünen und alternativen Vielfalt am 7. Juni 1.422 kommunale Mandate erzielt, 1.163 in den Gemeinden, 244 in den Kreistagen und 15 im Stuttgarter Regionalparlament. Das ist der (bisherige) Gipfel einer bereits erfolgsverwöhnten kommunalpolitischen Urkraft im Ländle!

Wir in der GAR sind stolz auf Euch und ein wenig auch stolz auf uns, weil wir mit viel Engagement und Herzblut zu diesem herausragenden Ergebnis beitragen durften.

An dieser Stelle danken wir insbesondere auch unserer Geschäftsführerin Sabine Schlager für ihren enormen Einsatz im Kommunalwahlkampf, bei unzähligen Beratungen, in Veranstaltungen, am Telefon, in x Besprechungen, und, und.....

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Euch und mit allen, die neu in die kommunalen Parlamente gewählt wurden. Die GAR ist jetzt Eure erste Anlaufstelle und will gerne Eure kommunalpolitische Heimat für die nächsten Jahre werden!

Siehe dazu die Analyse der Wahlergebnisse von Uli Sckerl unter <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1365>

## **2. Aufruf zur Großkundgebung gegen die Laufzeitverlängerung in Neckarwestheim**

### **MACH MIT: GROSSE ANTI-ATOM-DEMO AM 4. JULI IN NECKARWESTHEIM**

Die Atomstromkonzerne drängen – unterstützt von CDU und FDP – auf längere Laufzeiten für Atomkraftwerke. Wir wollen am 4. Juli in Neckarwestheim mit einer Groß-Demonstration zusammen mit den Bürgerbewegungen ein starkes Zeichen gegen Atomkraft und für die Stilllegung des Uraltreaktors Neckarwestheim I setzen. Die Demo beginnt um 13.30 Uhr mit einer Auftaktkundgebung am Bahnhof Kirchheim/Neckar. Die Hauptkundgebung wird vor dem Atomkraftwerk Neckarwestheim stattfinden. Also: Kommt alle und lasst und gemeinsam deutlich machen: Nein zum Ausstieg aus dem Ausstieg! Neckwestheim I abschalten!

<http://www.neckarwestheim.gruene-bw.de>

## **Neueste Ausgabe der Energiezeitung erschienen**

Viele Informationen zur Energiepolitik der Grünen im Land findet Ihr auch in der regelmäßig erscheinenden Energiezeitung von Franz Untersteller, MdL. Die neueste Ausgabe findet Ihr hier:

[http://www.newslettergruenelandtagbw.de/de/45/Energiezeitung\\_Nr.\\_02-2009.html?sid=1a747364d4090381e56171687f9acf75](http://www.newslettergruenelandtagbw.de/de/45/Energiezeitung_Nr._02-2009.html?sid=1a747364d4090381e56171687f9acf75)

### 3. GAR-Seminare für neu gewählte Rätinnen und Räte – bitte weitergeben!

In vielen Fraktionen sind neu gewählte Rätinnen und Räte, die zum ersten Mal im Gemeinderat oder Kreistag sind. Die meisten haben dieses neue Mandat angestrebt, manche hat es durch unerwartete Stimmenzuwächse kalt erwischt. Für alle Neuen ist jetzt die GAR in ganz besonderem Maß zuständig. Neben den Fragen, die per Mail oder telefonisch gestellt werden können, bieten wir mehrere Seminare an.

Eigentlich ist die Beratung durch die GAR an eine Mitgliedschaft geknüpft, aber bei den neu Gewählten sind wir nicht päpstlicher als der Papst. Wir sind guten Mutes, dass viele durch unser Informationsangebot und unseren Service sich zu einer Mitgliedschaft entschließen.

**Inhalt der GAR-Seminare für neu Gewählte ist die Gemeindeordnung bzw. die Landkreisordnung von Baden-Württemberg und damit die Rechte und Pflichten der Gemeinderats- und Kreistagsmitglieder. Was sich wie eine trockene Materie anhört, ist das tägliche Brot der Gremienarbeit und wird an Hand konkreter Beispiele vermittelt:**

**Es geht also nicht um die Theorie, sondern um die Anwendung. Besprochen wird unter anderem:**

- Wofür ist der Gemeinderat/Kreistag zuständig?
- Was wird in der Geschäftsordnung und in der Hauptsatzung geregelt?
- Welche Aufgaben haben die beratenden und beschließenden Ausschüsse?
- Wie kommen die Themen auf die Tagesordnung?, Wer darf Anträge stellen?
- Wann greift die Befangenheitsregelung?, Was fällt unter die Verschwiegenheitspflicht?, Welche Aufgaben hat der Ältestenrat?
- Wer kann Akteneinsicht beantragen?.....

**Termine und Orte für die GAR-Seminare: (Ortsbeschreibung nach Anmeldung)**

#### **1. Seminare für neue Gemeinderatsmitglieder:**

- **Karlsruhe**, DGB Haus, **Samstag, 18.7.2009, 10:30 bis 15:30**
- **Ulm**, Donaübüro, **Samstag, 18.7.2009, 10:30 bis 15:30**
- **Freiburg**, Cafe Velo im Mobile, **Samstag, 18.7.2009, 10:30 bis 15:30**
- **Stuttgart**, Landtag, **Freitag, 24.7.2009, 17:15 bis 21:00**
- **Region Rhein-Neckar**, Samstag, **25.7.2009, 10:30 bis 15:30**

#### **2. Ein Seminar für neue Kreistagsmitglieder:**

- Ort und Termin stehen noch nicht fest, bitte GAR-Internetseite beachten

**Anmeldungen bitte an die GAR bis zum 14.7.2009**

Tel: 0711 99359 90

Fax: 0711 99359 99

per Mail: [gar@gar-bw.de](mailto:gar@gar-bw.de)

[www.gar-bw.de](http://www.gar-bw.de)



#### 4. Grüne lehnen Steuerpflicht für Mittagstisch an Schulen entschieden ab

Ein neues Urteil des Bundesfinanzhofs erregt derzeit in ganz Baden-Württemberg großen Unmut, weil es ehrenamtliches Elternengagement in Ganztageschulen und Kindertagesstätten mit einer Umsatzsteuerpflicht belegen will. Nach dem Urteil ist die Abgabe von Mittagessen in Schulen auch dann umsatzsteuerpflichtig, wenn diese Leistung privat von Eltern erbracht wird, z.B. im Rahmen von Fördervereinen. Die baden-württembergischen Landtagsgrünen fordern als Konsequenz aus dem skandalösen und lebensfremden Urteil eine umgehende Gesetzesänderung zur Steuerbefreiung von ehrenamtlichen Tätigkeiten. Es ist unerträglich, wenn Eltern in ihrer knappen Freizeit ehrenamtlich und engagiert für ein bezahlbares Mittagessen an den Schulen sorgen, und dann für ihr Engagement mit einer Umsatzsteuerpflicht bestraft werden sollen. In vielen Fällen gäbe es ohne die Elterninitiativen weder Ganztageschulen noch Schulesen.

Die Situation ist reichlich absurd. Mit Millionen-Beträgen aus dem Bundeshaushalt wird erst der Bau von Schulmensen unterstützt, um Ganztagsunterricht zu ermöglichen. Und nun sollen die Eltern via Umsatzsteuer das Unternehmen quasi selbst finanzieren. Hier müssen steuerliche oder organisatorische Möglichkeiten gefunden werden, um diesen Unsinn abzuschaffen, und zwar schnell, bevor die Eltern vor lauter Frust aufhören. Es geht nun vor allem darum, den Elternvereinen als Träger des Essensangebots an Schulen durch entsprechende gesetzliche Regelungen die Gemeinnützigkeit und damit die Steuerbefreiung von der Umsatzsteuerpflicht zu verschaffen. Dazu ist in den betroffenen Gemeinden eine umgehende Initiative in den Gemeinderäten sinnvoll. Wir haben Euch dafür einen Musterantrag beigefügt. Info: Das Urteil: [www.bundesfinanzhof.de](http://www.bundesfinanzhof.de)

#### MUSTERANFRAGE AN GEMEINDEVERWALTUNG

##### Umsatzsteuer für Schulspeisung durch Ehrenamtliche

Die Fraktion.....stellt folgende Anfragen:

1. Welche Auswirkungen hat das Urteil des Bundesfinanzhofs zur Umsatzsteuerpflicht der Schulspeisung durch einen privaten Förderverein (Az V R 47/07) für den Mittagstisch an Schulen und Kindertagesstätten in unserer Gemeinde?
2. Welche Einrichtungen in unserer Gemeinde sind konkret davon betroffen?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, entweder durch Änderungen des Steuerrechts oder Regelungen mit den Finanzbehörden einen Fortbestand des Status Quo zu erreichen?
4. Welche Möglichkeiten bestehen, eine Befreiung nach Art. 13 der 6. EG-Richtlinie zu erreichen?

Begründung:

Ein Urteil des Bundesfinanzhofs vom Februar 2009 macht künftig die Schulspeisung an einer Ganztageschule oder Kindertagesstätte durch einen ehrenamtlich tätigen Förderverein von Eltern umsatzsteuerpflichtig. Wir befürchten, dass dieses Urteil erhebliche Auswirkungen auf das ehrenamtliche Engagement bei der Organisation von Essensausgaben in Schulmensen und Kindertagesstätten haben wird.

Mit dem erwähnten Urteil des Bundesfinanzhofs besteht die Gefahr einer deutlichen Verteuerung der Mittagessen mit der Folge, dass finanzschwächere Eltern das Essen nicht mehr finanzieren können, zum anderen, dass der mit einer Umsatzsteuerpflicht verbundene bürokratische Aufwand das Ehrenamt unzumutbar strapaziert.

Es ist deshalb notwendig, für die freiwilligen und ehrenamtlichen Elterninitiativen einen Ausweg aus einer nicht zumutbaren Umsatzsteuerpflicht aufzuweisen.

Uli Sckerl, GAR-Vorstand

## 5. Nachholbedarf bei Energieausweisen

Ab dem 1. Juli 2009 muss in öffentlichen Gebäuden mit Publikumsverkehr und über 1.000 Quadratmetern Nutzfläche ein Energieausweis aushängen. Allerdings haben bisher noch 75 Prozent dieser Gebäude keinen Energieausweis vorzuzeigen. Das ergab eine Umfrage der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena) unter VertreterInnen von Bund, Ländern und Kommunen als EigentümerInnen von Nichtwohngebäuden. Die Aushangverpflichtung betrifft insgesamt etwa 55.000 öffentliche Gebäude wie Rathäuser, Schulen, Kindergärten, Landratsämter oder Krankenhäuser. Von den Energieausweisen, die bisher für öffentliche Gebäude ausgestellt wurden, sind der Umfrage zufolge 40 Prozent bedarfsorientiert und 60 Prozent verbrauchsorientiert. Der Bedarfsausweis basiert auf einer technischen Analyse des Gebäudes durch einen Fachmann. Die Bewertung der Energieeffizienz eines Gebäudes ist darin unabhängig vom Nutzerverhalten. Dagegen basiert der Verbrauchsausweis auf den Energieverbrauchsabrechnungen der letzten drei Jahre. Die Umfrage wurde von der TNS Emnid Medien- und Sozialforschung GmbH im April und Mai 2009 durchgeführt. Befragt wurden dabei insgesamt 300 öffentliche Eigentümer.

[www.zukunft-haus.info/de/service/presse/pressemitteilungen/75-prozent-der-oeffentlichen-gebäude-noch-ohne-energieausweis.html](http://www.zukunft-haus.info/de/service/presse/pressemitteilungen/75-prozent-der-oeffentlichen-gebäude-noch-ohne-energieausweis.html)

## 6. Wärmenutzung nur bei 25% der Biogasanlagen

Nach wie vor werden im Land eine Reihe von Biogasanlagen betrieben, die lediglich der Stromerzeugung dienen. Dass nur 138 von 558 Anlagen, die in Baden-Württemberg in Betrieb sind, überhaupt ein nennenswertes Wärmekonzept haben, geht aus der Stellungnahme des Wirtschaftsministers auf einen von mir eingebrachten Antrag hervor. Das steht in krassem Widerspruch zur notwendigen Effizienzanforderung. Das wirtschaftlich realisierbare Potenzial beziffert Minister Pfister auf 400 GWh, also auf das 8-fache des heutigen Werts von 47GWh. Angekündigt wird die Einführung einer neuen Förderrichtlinie, mittels derer die regenerative Wärmenutzung und speziell die Biogaswärmenutzung in ländlichen Gebieten vorangebracht werden soll. Damit sollen weitere Anreize für Kommunen oder andere Träger geschaffen werden, Wärmenetze zu installieren und auszubauen.

Auswertung der Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums zum Antrag 14/4351

<http://www.franz->

[untersteller.de/fileadmin/untersteller/Presse/Pressemitteilungen/2009/PM\\_Biogasanlagen\\_ineffizient.pdf](http://www.franz-untersteller.de/fileadmin/untersteller/Presse/Pressemitteilungen/2009/PM_Biogasanlagen_ineffizient.pdf)

Landtagsdrucksache 14/4351 Antrag und Antwort: [http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/4000/14\\_4351\\_d.pdf](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/4000/14_4351_d.pdf)

Homepage [www.franz-untersteller.de](http://www.franz-untersteller.de).

## 7. Stickoxidgrenzwerte ab 2010

Um die Bevölkerung vor den Gesundheitsschädlichen Stickoxiden zu schützen hat die EU für 2010 einen zulässigen Grenzwert festgelegt – die Einhaltung kann allerdings bis zum Jahr 2015 auf Antrag hinausgezögert werden. Dies macht dann die Grenzwertüberschreitungen zwar legal, aber nicht weniger gesundheitsschädlich. Die Hauptquelle an den straßennahen Messtellen ist der Kraftfahrzeugverkehr mit einem Anteil bis zu 78%.

Die grüne Landtagsfraktion hat zu diesem Thema eine Anfrage eingereicht, in deren Antwort wichtige Informationen für die örtliche Diskussion um Verkehrsvermeidung zu finden sind. Es sind

auch die Orte und die dazugehörigen Straßen aufgesitet, in denen die Grenzwerte, die ab 2010 gelten, überschritten sind:

Freiburg, Heidenheim, Heilbronn, Herrenberg, Ilsfeld, Ingersheim, Karlsruhe, Leonberg, Ludwigsburg, Mannheim, Markgröningen, Mühlacker, Murg, Pfinztal, Pforzheim, Pleidelsheim, Reutlingen, Schramberg, Stuttgart, Tübingen, Tübingen, Ulm, Urbach, Walzbachtal-Jöhlingen. Zudem wurde bei von der Kommune veranlassten Messungen in Freiberg am Neckar eine Überschreitung des Grenzwertes für NO<sub>2</sub> gemessen.

Die Anfrage von Gisela Splett, MdL und Bernd Murschel, MdL findet Ihr hier:

[http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/4000/14\\_4288\\_d.pdf](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/4000/14_4288_d.pdf)

Für Kurz Entschlossene

## 8. Anhörung am 1.7. um 17:30 Uhr im Landtag in Stuttgart zu Kormoranen

Der Kormoran erregt die Gemüter. Nicht nur in Baden-Württemberg, sondern genauso in vielen anderen Regionen Deutschlands und Europas. Tausende von Fischern und Anglern protestierten schon vor Jahren in Straßburg: Gegen den Schutzstatus des Kormorans. Tausende von Natur- und Tierschützern protestierten 2008 beim Regierungspräsidenten von Tübingen: Gegen die geplante Vertreibung von Kormoranen in einem Vogelschutzgebiet am Bodensee.

Zweifellos hat sich der schwarze Vogel in den letzten Jahren enorm ausgebreitet. Er hat sich neue (oft alte) Lebensräume erschlossen. Und ohne Frage fressen Kormorane Fische. Aus der Konkurrenzsituation zwischen Fischern, Anglern und Kormoran stellen sich viele Fragen: Wer definiert, ob es ein „zuviel“ gibt?

Soll die Landesregierung den Abschuss von Kormoranen anordnen bzw. auch in Schutzgebieten erlauben? Und wenn ja, wie ließe sich dies nachvollziehbar begründen?

Gibt es ein Anrecht der Fischer auf die Fische, das schwerer wiegt als das Recht der Kormorane auf Leben?

Die Grünen möchten mit dieser Anhörung einer bewusst kontroversen Debatte breiten Raum einräumen. Daher wird es keine Referate geben, sondern drei Diskussionsblöcke. Zuerst werden renommierte Experten mit bekannterweise unterschiedlichen Meinungen ihre Argumente austauschen. Anschließend wird es in jedem Block die Möglichkeit der Diskussion mit interessierten Zuhörerinnen und Zuhörern geben. Wir Grünen im Landtag Baden-Württemberg möchten damit einen Beitrag für eine spannende, ergebnisoffene Diskussion leisten.

### Programm:

17.30 Uhr Begrüßung, Reinhold Pix, MdL

#### **17.35 Uhr Was ist natürlich? Was ist erlaubt?**

Der Kormoran zwischen Umweltethik und Eigentumsfragen, natürlicher Entwicklung und „Über“-Population mit Dr. Wolfgang Fiedler, wiss. Mitarbeiter, Vogelwarte Radolfzell am Max-Planck-Institut, Reinhard Sosat, Referent für Arten- und Gewässerschutz, Landesfischereiverbandes Baden-Württemberg

**18.20 Uhr Räuber und Beute: Wer reguliert wen?** Das Verhältnis zwischen Kormoran und gefährdeten Fischarten mit Dr. Andre Baumann, NABU-Landesvorsitzender, Dr. Hans-Johst Wetzlar, Reg.Präs. Freiburg, Fischereisachverständiger

**19.05 Uhr Was ist sinnvoll? Was ist vertretbar?** Der Kormoran und seine Zukunft in Baden-Württemberg mit Rainer Baake, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe (DUH), Wolfgang Kaiser, Referatsleiter Biotop- und Artenschutz am Ministerium Ländlicher Raum

**19.50 Uhr Fazit:** Reinhold Pix MdL